



Atompetition –
jetzt unterschrei-
ben! www.gbbn.ch



Engagement
gegen den Abbau des Service
Public im Rahmen der Spar-
massnahmen: Natalie Imboden,
Grossrätin Grüne und
Stéphanie Penher, Fraktions-
präsidentin GB/JA!

stand •

Jo Lang

● **Aufhebung der Wehrpflicht
setzt Ressourcen frei**

mittel •

Natalie Imboden

● **Sparen ist kein Naturgesetz**

bern •

Stéphanie Penher

● **Gemeinnützige Wohnungen
auf dem Mittel- und Viererfeld**

Aufhebung der Wehrpflicht setzt Ressourcen frei

Die Schweizer Armee ist – im Verhältnis zur Einwohnerzahl wie zur Fläche – die grösste in Europa. Die vom Bundesparlament beschlossenen 100'000 Soldaten sind das Vierfache Österreichs und Finnlands, das Sechsfache Schwedens und das Zehnfache Irlands. Deutschland, in dem 10 Mal mehr Menschen leben, senkt die Zahl der Soldaten auf 180'000.



Wie absurd ein derart hoher Bestand ist, zeigt der Armebericht 2010: 60 Prozent der Soldaten sollen gemäss Bundesrat im Innern eingesetzt werden. Dabei beanspruchte der Katastrophenschutz in den letzten zehn Jahren bloss 0.06 Prozent der 6 Millionen Dienstage. Für zivile Einsätze sind weder Sturmgewehre noch Panzer oder Kampfjets nötig. Und für «Ordnungs»-Einsätze im Innern ist die Polizei zuständig. Die Grösse der Armee führt nicht nur zu unsinnig vielen Diensttagen, sondern auch zu hohen Kosten – für

die Steuerzahlenden und die Wirtschaft. Je mehr Soldaten es gibt, desto mehr Geld muss für Waffensysteme, Unterhalt und Betrieb ausgegeben werden. Die gut 6 Millionen Dienstage kosten die Wirtschaft jährlich etwa 4 Milliarden Franken.

Wer die Armee verkleinern will, muss die Wehrpflicht abschaffen. Schliesslich kann man nicht 40'000 Stellungspflichtigen sagen: «Ihr alle müsst, aber wir brauchen nur jeden zehnten von euch.»

Bereits heute erfüllt nur noch jeder vierte Wehrpflichtige seine Dienstpflicht vollständig. In städtischen Gebieten beginnt noch jeder zweite überhaupt die Rekrutenschule. Bei Söhnen aus bildungsnahen Familien ist der Anteil noch tiefer. Die Wehrpflicht ist schon lange keine allgemeine mehr.

Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, sind ziviler Natur. Denken wir nur an die Klimaerwärmung oder den Atomausstieg! Die Aufhebung der Wehrpflicht ist verbunden mit der Schaffung eines freiwilligen Zivildienstes für Männer und Frauen. Damit bringt sie auch die Gleichstellung von Mann und Frau einen Schritt weiter.

Darum Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht am 22. September!

Jo Lang, GB-Mitglied, Vizepräsident Grüne Schweiz

aktions.

● Mehr Rechte für Hausarbeiterinnen ohne Aufenthaltsbewilligung

Unterschreiben Sie die Petition «Keine Hausarbeiterin ist illegal» und fordern Sie den Bundesrat auf, die Arbeits- und Lebensbedingungen von illegalisierten Hausarbeiterinnen zu verbessern. Mehr Informationen zu Petition und Kampagne unter www.khii.ch

Abstimmungen vom 22. September

Stadt

- Zone für Wohnbauexperimente. Zonenplan Riedbach: **JA**

National

- Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht. Volksinitiative: **JA**
- Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops: **NEIN**
- Epidemien gesetz. Revision: **JA**

Shoppern rund um die Uhr – zu welchem Preis?



«Die Vorlage lässt nur die Spitze des Eisbergs erkennen: Mit immer neuen Deregulierungsvorlagen wollen die grossen Detailhandelsketten und ihre Lobbyisten im Parlament die Ladenöffnungszeiten und damit den Arbeitstag im Verkauf auf 24 Std. an 7 Tagen die Woche ausdehnen. Setzen wir ein Zeichen und verpassen wir den bürgerlichen Liberalisierungsturbos eine Ohrfeige!»

Sabine Baumgartner, GB-Stadträtin

Der Bundesrat und die rechte Parlamentsmehrheit wollen mit einer Änderung des Arbeitsgesetzes den 24-Stunden-Betrieb in Tankstellenshops einführen. Eine Salamtaktik: Was morgen in Tankstellenshops gilt, wird übermorgen im ganzen Detailhandel die Regel sein. Den Preis zahlt das Verkaufspersonal.

Die Revision des Arbeitsgesetzes will in Tankstellenshops an Autobahnraststätten und «Hauptverkehrswegen mit starkem Reiseverkehr» Shopping rund um die Uhr erlauben. Das ist ein Novum in der Schweiz – und ein Dammbbruch, denn die Vorlage öffnet ähnlichen Begehren Tür und Tor: Dürfen Tankstellenshops 24 Stunden geöffnet haben, so verlangen dies bald auch andere Ladenbesitzer.

Die Suppe auslöffeln müssen die Angestellten: Der Luxus, um Mitternacht einen Kopfsalat kaufen zu können, geht auf Kosten ihres Familienlebens und ihrer Gesundheit! Im Verkauf arbeiten über 320'000 Beschäftigte, davon 200'000 Frauen. Tiefstlöhne um 3500 Franken, Samstagsarbeit, zerstückelte Arbeits-

zeiten und Arbeit auf Abruf sind bereits heute alltäglich. Nun soll das Personal rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Was schon jetzt schwierig ist, wird künftig zur Unmöglichkeit: Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Der Kunde ist König? In den letzten acht Jahren sprachen sich die Stimmberechtigten in 12 von 13 kantonalen Abstimmungen gegen Liberalisierungsvorlagen im Verkauf aus. Shoppen rund um die Uhr entspricht nicht einem Konsumentenbedürfnis. Immer längere Ladenöffnungszeiten widerspiegeln schlicht den Wunsch grosser Shop-Ketten, weitere Marktanteile zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben die kleinen Läden.

Ziehen wir am 22. September die Notbremse: Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag!

Sabine Baumgartner, GB-Stadträtin

Riedbach: Eine Zone für alternative Wohnformen in Bern

Zwar werden in der Stadt Bern schon lange alternative Wohnformen praktiziert, doch gibt es diesbezüglich bis heute keine befriedigende gesetzliche Regelung. Die neue Zone für Wohnexperimente soll dies nun ändern.

Obwohl alternative Wohn- und Lebensformen in der Stadt Bern eine lange Tradition haben, ist das Leben in Hüttenbauten und Bauwagen gemäss geltender Nutzungsordnung in der Stadt Bern nicht gestattet. Die am 22. September zur Abstimmung stehende Vorlage möchte diese Lücke schliessen und eine gesetzeskonforme Grundlage schaffen.

1996 lehnte die Berner Stimmbewölkerung die Errichtung zweier alternativer Wohnzonen ab und so behilft sich die Stadt bis heute mit Provisorien: Während dem «Freien Land Zaffaraya» ein Stück beim Autobahnanschluss Neufeld zugeordnet wurde, bekommt der «Verein Alternative» (Stadtnomaden) jeweils ein neues Grundstück zugewiesen und ist verpflichtet, alle drei Monate weiterzuziehen. Diese Situation ist unbefriedigend und soll nun kor-

rigiert werden. Nachdem die Stadt vier Standorte geprüft hatte, erwies sich der Standort Riedbach als der Beste; diese frei stehende Landwirtschaftszone soll nun in eine Zone für Wohnexperimente und Zone für öffentliche Nutzung verwandelt werden.

Das GB unterstützt diese Vorlage, da sie alternative Wohn- und Lebensformen nicht nur offiziell ermöglicht, sondern auch rechtlich anerkennt. Auch könnte das weit abgelegene Feld jederzeit in eine Landwirtschaftszone zurückgezogen werden, sollten sich geeignetere – zentralere – Standorte ergeben.

Hüttensiedlungen und Wagenplätze gehören zu Bern als einer lebendigen Stadt, die verschiedenste Formen der Lebensgestaltung sichtbar werden lässt.

Leena Schmitter, GB-Stadträtin



«Es ist kein Geheimnis, dass auch Wagenplatz- und Hütten-dorf-BewohnerInnen mit dem Standort Riedbach nicht nur glücklich sind. Ein Feld zwischen einer Armeeunterkunft und einer Schiessanlage, 12km vom Stadtzentrum ist nicht optimal. Unkonventionelle Wohnformen müssen sichtbar sein – sie aus dem Stadtbild zu verdrängen, kommt keiner wirklichen Anerkennung gleich.»

Leena Schmitter, GB-Stadträtin

Sparen ist kein Naturgesetz

Facts

Sparmassnahmen 2014–2017 (Topf 1)

- Psychiatrie: 5 Mio.
- Spitalversorgung: 27.6 Mio.
- ambul. Suchtberatung (Contact, BEGES): 1 Mio. (+ 1 Mio. Gemeinden)
- Kindes-/Erwachsenenschutz: 3 Mio. (+ 3 Mio. Gemeinden)
- Spitex (u.a. hauswirtsch. Leistungen): 20 Mio.
- Sozialhilfe: 10 Mio. (+10 Mio. Gem.)
- Alimentenbevorschussung: 4.6 Mio (+4.6 Mio Gemeinden)
- Flüchtlinge/Integrationsmassnahmen: 3.6 Mio. (+3.6 Mio. Gemeinden)
- Behinderte Erwachsene: 29 Mio.
- Langzeitpflege Heime: 8.8 Mio.
- Ergänzungsleistungen (Heimtarife): 16 Mio. (+16 Mio Gemeinden)
- Prämienverbilligung Krankenkasse: 35 Mio.
- Polizei (u.a. Verkehrserziehung Schule): 12.7 Mio.
- Steuerverwaltung: 7 Mio.
- Berufsbildung, -schule: 18.1 Mio.
- Bildungszentrum Pflege: 7.5 Mio.
- Fachhochschulen: 6.7 Mio.
- Pädagogische Hochschule: 3 Mio.
- Unterhalt Kantonsstrassen: 5 Mio.
- Lohnmassn. Personal: 109 Mio.
- Zusätzliche Steuereinnahmen (Fahr- und Berufskosten): 95 Mio.

Total: 491 Mio

Weitere Vorschläge (Topf 2)

- Psychiatrie, ambul.: 14.3 Mio.
 - Ergänzungsleistungen: 15 Mio.
 - Prämienverbilligung Krankenkasse: 44 Mio.
 - Volksschule: 22.5 Mio.
 - Lehrwerkstätten Bern: 6.8 Mio.
 - Gartenbauschulen: 4.2 Mio.
 - Pädag. Hochschule, NMS: 2.5 Mio.
 - Lohnmassn. Personal: 28.3 Mio.
 - Umstellung Bahn auf Bus: 2 Mio.
 - Abschöpfung Gemeinden: 30 Mio.
- Total: 211 Mio.**

Der Staatshaushalt des Kantons Bern soll 2014–2017 bis um rund eine halbe Milliarde Franken jährlich reduziert werden. Dies ist das grösste Abbaupaket seit Jahrzehnten. Das Sparpaket zeigt in aller Deutlichkeit auf, wie verheerend die Auswirkungen der Steuersenkungspolitik der letzten Jahre sind. Einmal mehr treffen die Abbaumassnahmen sozial schlechter gestellte Bevölkerungskreise überproportional. So insbesondere Menschen mit einer Behinderung oder mit einem Betreuungs- oder Pflegebedarf.

Der Sparzwang ist kein Naturgesetz. Das strukturelle Defizit im kantonalen Finanzhaushalt ist primär eine Folge der verantwortungslosen Steuersenkungen der letzten Jahre. So hat der Grosse Rat trotz der absehbaren Verschlechterung der Finanzanlage die nicht finanzierte Steuergesetzrevision 2010 durchgeboxt. Und mit dem Volks-Ja zur Senkung der Motorfahrzeugsteuern wurde die finanzielle Misere zusätzlich verschärft.

Verantwortungslose Steuersenkungspolitik

Das beigezogene Forschungsinstitut BAK Basel kommt zum Schluss: «Im Nachhinein betrachtet muss man feststellen, dass diese Steuersenkungen zum falschen Zeitpunkt kamen bzw. der Kanton sich diese eigentlich nicht leisten konnte.» Trotzdem droht bereits der nächste Steuerausfall. Die bürgerlichen Steuersenkungsfanatiker wollen die Handänderungssteuern für Hauseigentümer abschaffen, wodurch der Kanton zusätzlich Steuereinnahmen von 120 Mio. Franken verlieren würde.

Sparen bei den Schwächsten

Der vorgeschlagene Abbau trifft mit 56 Prozent vor allem den Sozial- und Gesundheitsbereich. So ist beispielsweise ein Abbau von 15.7 bzw. von 28.7 Mio. Franken bei den Institutionen für erwachsene Behinderte schlicht nicht akzeptabel; dies entspricht einer Kürzung der Betriebsbeiträge um rund 9 Prozent. Der Abbau von über 220 Stellen ist völlig unverständlich, hat sich der Kanton doch verpflichtet, die Umstellung auf die Subjektfinanzierung nicht zulasten der Menschen mit einer Behinderung umzusetzen. Der Abbau bei der Suchthilfe untergräbt zentrale Pfeiler wie Prävention und Schadenminderung der 4-Säulen-Politik. Es ist keine Frage, dass die eingesparten Kosten innerhalb kürzester Zeit in anderen Kassen wieder anfallen werden. Der Abbau von 20 Mio. in der Spitex dürfte zu höheren Kosten bei den Pflegeheimen führen. Die Ein-



sparung von 5 Mio. Franken in der Psychiatrie führt zu einem effektiven Abbau von 9.1 Mio. Franken und einem Abbau von sechzig Stellen. Insbesondere nach dem bereits dieses Jahr erfolgten Abbau von 4.7 Mio. Franken ist dies nicht mehr verantwortbar.

60'000 Personen verlieren Prämienverbilligung

Die Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen und jene bei den Verbilligungen der Krankenkassenprämien treffen breite Bevölkerungsschichten mit unteren und mittleren Einkommen. Die Senkung der Prämienverbilligungen im Umfang von 35 Mio. stellt den grössten Abbauposten dar. Dies, nachdem hier

Die bürgerliche Steuersenkungspolitik mit massivem Abbau der Leistungen für die BürgerInnen führt den Kanton Bern in die Einbahnstrasse. Wählen Sie bei den Grossratswahlen vom 30.4.2014 die Alternative!

schon 2013 20 Mio. gespart wurden. Bereits heute hat der Kanton Bern bei der Belastung durch Krankenkassenprämien schweizweit einen unsozialen Spitzenplatz. Jede vierte Person wird ihre Prämienverbilligung verlieren. Damit werden viele Menschen in finanzielle Schwierigkeiten und gar in die Sozialhilfe gedrängt.

Frauenallianz wehrt sich

Frauen sind von Abbaumassnahmen im Sozial- und Bildungsbereich mehrfach betroffen. Einerseits gehen damit viele Arbeitsstellen von Frauen verloren, andererseits führen Einsparungen in der bezahlten

aktionen

● Nationale Kundgebung: Stoppt Lohndumping und Rentenklau!

Mieten und Krankenkassenprämien steigen. Löhne stagnieren. Und jetzt verordnen bürgerliche Regierungen Sparprogramme, Lohn- und Rentenkürzungen und planen Steuergeschenke für Grossverdiener, Aktionäre und Unternehmen.

Samstag, 21.9., 14 Uhr: Nationale Demo in Bern, Sternmarsch auf den Bundesplatz

Pflege und Betreuung zu einer Verlagerung in den unbezahlten, familiären Sektor. Der Bericht «An den Frauen sparen?» analysierte die Sparperiode von 1993 bis 94 im Kanton Bern und hat die oben dargestellte Entwicklung bestätigt. Die Sparpolitik muss unbedingt auch aus der Genderoptik überprüft werden, sonst bleibt die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann eine Schönwetterrede. Das fordert aktuelle GB-Vorstösse in Stadt und Kanton.

Alternativen sind möglich

Kürzungen bei der Sozialhilfe oder bei Integrationsmassnahmen bei Flüchtlingen sind leicht durchzusetzen, da in diesen Bereichen eine schlagkräftige Lobby fehlt. Es braucht nun eine breite Mobilisierung der Betroffenen, aber auch breiterer Bevölkerungskreise, um Widerstand gegen die bürgerliche Grossratsmehrheit zu leisten. Interessanterweise werden trotz Spardruck gewisse Bereiche ausgenommen. So leistet sich der Kanton weiterhin gegen 4 Mio. Franken jährlich an Steuergeld für Viehschauen. Tabuthemen sind ausserdem die Finanzierung der Kirchen oder der Erhalt von über hundert Kleinstgemeindestrukturen mit weniger als 500 EinwohnerInnen. Die Kleinstgemeinden werden jährlich mit über 30 Mio. subventioniert – gleich viel, wie bei den Prämienverbilligungen gestrichen wird. Die ersten Abbaumassnahmen werden im Herbst im Rahmen des Voranschlags 2014 beschlossen. Weitere Sparmassnahmen sollen im Juni 2014 als Paket verabschiedet werden – dies nach den Grossratswahlen! Die bürgerliche Politik der leeren Kassen gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Eine Weichenstellung für einen sozialen Kanton Bern ist nötig und möglich.

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, Mitglied der Finanzkommission

Gemeinnützige Wohnungen auf dem Mittel- und Viererfeld

Das Grüne Bündnis begrüsst, dass die Planung einer Wohnüberbauung im Mittel- und Viererfeld aufgegleist wird. Die Stadt steht vor der einmaligen Chance, eine innovative Siedlung nach dem 2000-Watt-Prinzip und mit hohem Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern zu realisieren.



Das Wohnen revolutionieren will ein innovatives Projekt der Zürcher Wohnbaugenossenschaften. In Zürich Nord ist ein neues Stadtquartier für rund 1100 Menschen in Bau. Das Projekt «mehr als wohnen» richtet sich nach den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft und kann Vorbild für das Viererfeld in Bern sein. www.mehralswohnen.ch

Es bietet sich nicht oft die Gelegenheit, eine Überbauung von der Grösse des Mittel- und Viererfeldes zu planen. Die Stadt ist bereits im Besitz des Mittelfeldes

Vorstösse | Erfolge

Das Engagement des GB für die «Velostadt Bern» hat eine lange Tradition. 1996 lancierte das GB zusammen mit dem VCS und der damaligen IG Velo die Fuss- und Velo-Initiative, die zur Schaffung einer städtischen Fachstelle für den Fuss- und Veloverkehr sowie zu einem jährlichen Beitrag für Fördermassnahmen führte. Als Berns «Veloministerin» setzte sich Regula Rytz engagiert für den Langsamverkehr ein. Auch heute tritt das GB für Velofahrende in die Pedale: Im Juni wurden im Stadtrat zwei Postulate der Fraktion GB/JA! erheblich erklärt, dank derer

(27'000m²) und will dem Kanton für rund 50 Mio die Hälfte des Viererfeldes (80'000m²) abkaufen. Auf der anderen Hälfte, die im Besitz des Kantons bleibt, sind Schrebergärten, ein Fussballfeld und parkähnliche Grünräume vorgesehen. Das GB hat sich verschiedentlich für die Planung einer Wohnüberbauung auf dem Mittel- und Viererfeld ausgesprochen und mit der eingereichten Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» die Themen preisgünstiger Wohnraum und gemeinnützige Wohnbauträger auf die Traktandenliste gesetzt. In Bern gibt es rund 7850 Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften und anderen gemeinnützigen Wohnbauträgern. Dies entspricht rund 10 Prozent des bestehenden Wohnungsbestandes. Das GB setzt sich dafür ein, dass mit der Überbauung des Mittel- und Viererfeldes ein substanzieller Zuwachs an bezahlbarem Wohnraum entsteht und fordert deshalb, dass mindestens 70 Prozent der Fläche gemeinnützigen Wohnbauträgern zur Verfügung gestellt wird.

Zu einem nachhaltigen Quartier gehören neben den nicht renditeorientierten Mietpreisen ökologische Kriterien wie die der 2000-Watt-Gesellschaft. Darunter subsummiert sind eine autoarme Planung und ein nachhaltiges Energiekonzept, aber auch ein haushälterischer Umgang mit dem individuellen Wohnflächenbedarf.

Voraussichtlich im November 2014 entscheidet das Stimmvolk, ob die Stadt Bern dem Kanton die Hälfte des Viererfeldes abkaufen soll. Ebenfalls abgestimmt wird dann über eine Umzonung des Vierer- und des Mittelfeldes von Landwirtschafts- in Bauland.

Stéphanie Penher, Fraktionspräsidentin GB/JA!

nun doppelstöckige Veloparkplätze und eine «Grüne Welle» für Velofahrende auf den Berner Hauptverkehrsachsen geprüft werden. Mit mehreren eingereichten Vorstössen will die Fraktion GB/JA! zudem sicherstellen, dass sich Bern zur Umlagerung des motorisierten Individualverkehrs verbindliche Ziele setzt. Das GB fordert unter anderem ein Konzept, das aufzeigt, mit welchen Massnahmen die Anzahl der mit dem Velo zurückgelegten Wege bis 2030 (gemessen am Stand 2005) verdoppelt werden kann.

Bern ist mehr Rock'n'Roll als Stadttheater

Christian Pauli – du bist in Bern breit vernetzt und pflegst Kontakte zu allen Kultursparten. So stürzt du dich auch gerne mal nach einem Opernbesuch ins Berner Nachtleben. Was hältst du vom Kulturangebot in Bern?

Oper und Nachtleben sind nicht gerade meine Favoriten. Aber nach dem Symphonieorchester mag ich ein Punkkonzert ganz gern. Quantitativ gesehen hat es in Bern wohl zu viel Kultur. Bern bleibt eine Kleinstadt – zumindest im Vergleich mit anderen Kulturstädten oder gar Hauptstädten. Vor diesem Hinter-



Christian Pauli, Mitbegründer und Präsident des Vereins *bekult*, dem Dachverband von gegen 70 im Raum Bern tätigen Kulturveranstalterinnen und Kulturveranstaltern

grund ist das Berner Kulturangebot enorm – auch qualitativ gesehen. Kein Grund zur Klage also. Mir selber fehlt das Bedürfnis nach und der selbstverständliche Umgang mit experimentellen und zeitgenössischen Formen. Berns Kulturpublikum hat Mühe mit der Hochkultur, vor allem dann, wenn diese auch mal Risiken eingehen will. So gesehen ist auch ganz folgerichtig, dass zwei Exportschlager der Berner Kultur der letzten 20 Jahre aus dem Rockunderground kommen: Züri West und Beat-Man. Bern ist mehr Rock'n'Roll als Stadttheater. Bern ist eine Stadt der Sprache, vor allem der Mundart, weniger eine Stadt der Diskurse und bildungsbürgerlichen Auseinandersetzungen.

Das GB fordert eine neue städtische Kulturstrategie. Wohin soll die Reise gehen und welche Schwerpunkte sind zu setzen?

Ich erachte eine Kulturstrategie als essentiell. Eine kurz und klar formulierte aktuelle Kulturstrategie

sollte uns ein paar Leitplanken setzen und Ideen geben. Dabei spielt es grundsätzlich nicht so eine wichtige Rolle, welche Kultursparte nun spezifisch gefördert wird – aber es sollte klar erkennbar sein, wo die Schwerpunkte liegen. Im Moment sehe ich Nachholbedarf bei der Literatur, der zeitgenössischen Kunst und bei der Kultur in den Quartieren. Kulturpolitik soll nicht selber Kultur machen, aber mitgestalten wollen, was in der Kulturszene an neuen Ideen und Projekten entsteht.

Welches sind deine Erwartungen an die städtische Abteilung Kulturelles?

Sichtbar sein. Transparente Entscheide. Aufmerksamkeit. Interesse an den Kulturschaffenden. Gestalterischer Wille. Von diesen Qualitäten ist im Moment nicht übermässig viel spürbar.

Welchen Platz hat das Nachtleben in der städtischen Kulturstrategie?

Das Nachtleben muss dazugehören. Und zwar mit einer qualitativen Würdigung. Ich mache mich für eine kulturpolitische Diskussion zum Nachtleben stark, nicht weil es mich persönlich besonders interessiert, sondern weil in diesem Bereich viele gesellschaftliche Fragen aktuell sind, die auch die Kultur betreffen: Öffentlicher Raum, Jugend, Rausch.

Welchen Beitrag leistet Kulturpolitik zur Stadtentwicklung?

Stichwort Zwischennutzung. Kulturell interessierte Menschen finden und nutzen rasch neue Räume und stossen gerne in andere Viertel vor. Die Kultur sollte sich in Bern in die Quartiere hinaus bewegen, weg aus dem überladenen Zentrum, an die Peripherie dieser Stadt, dort wo Entwicklung überhaupt noch möglich ist. Das Projekt Transform etwa hat mich so begeistert, weil es nicht zuletzt einen neuen Blick auf die Stadt erlaubte. Man konnte dort auf die stillgelegte Kehrlichtverbrennungsanlage runtergucken und darüber fantasieren, wie es wäre, wenn diese Industriebranche kulturell bespielt würde. Die Stadt Bern sollte kulturelle Entwicklungsschwerpunkte setzen: Bern West, Gaswerkareal oder auch Bern Nord. Man stelle sich mal vor, wenn das Wifag-Gelände zum offenen Kulturort würde. Oder wenn das EWB-Gebäude an der Aare ein Atelier für grossräumige Kunstwerke wäre.

Interview:

Stéphanie Penher, Fraktionspräsidentin GB/JA!

Veranstaltungen

● Sa, 7. und So, 8. September, Herzogstrasse Bern
Quartierfest Herzogstrasse und autofreier Sonntag
Am Herzogstrassenfest wird ein breites musikalisches und kulturelles Programm geboten. Erstmals ist das Quartierfest mit dem autofreien Sonntag kombiniert, weshalb der ganze Breitenrain am Sonntag ohne Autos genossen werden kann. Das GB ist mit einem Stand präsent und wird Aktionen durchführen. Weitere Infos unter www.gbbern.ch

● Di, 17. September, 20.00 Uhr, Politforum Käfigturm
Kanton Bern in Schieflage. Wie weiter? – Ein Streitgespräch

Der Kanton Bern schnürt das grösste Sparpaket aller Zeiten. Wie kam es, dass der Kanton erneut zu massiven Sparmassnahmen und zu einem Leistungsabbau gezwungen ist? Und welche Ideen sichern dem Kanton langfristig eine nachhaltige Entwicklung mit einer hohen Lebensqualität für alle Bevölkerungsschichten? Diese Fragen diskutieren Adrian Haas (Grossrat FDP) und Blaise Kropf (Grossrat Grüne). Weitere Infos unter www.gbbern.ch

● Di, 15. Oktober, 19.30 Uhr, Tramdepot
Städtische Mobilität im Wandel

Ulrike Reutter, Expertin im Bereich autoarmes/auto-freies Wohnen, Mobilitätsmanagement und Raumplanung, wird in ihrem Referat einen Überblick über den Stand autofreier Siedlungen geben. Anschliessend findet eine Diskussion statt. Organisiert wird der Anlass im Rahmen des 20-jährigen Bestehens des Vereins «Läbige Stadt».

Weitere Infos unter www.gbbern.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat

Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückestrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern.ch, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
<http://www.facebook.com/GruenesBuendnisBern>
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Frauenpolitik

26. September, Kontakt:
regula_buehlmann@bluewin.ch

Ökologie

15. Oktober, Kontakt: fragroba@gmx.ch

Internationales und Migration

Kontakt: asancar@bluewin.ch

Wirtschaft

Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

Bildungs- und Kulturpolitik

9. September, Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch

Leitender Ausschuss

11. September, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

● Am Mo, 16. September, ab 19.00 Uhr findet im Restaurant O'bolles (Bollwerk 35, Bern) der nächste GB-Neumitgliederanlass statt. Am Mi, 23. Oktober findet die nächste GB-Mitgliederversammlung statt.

Impressum:

Die Zeitschrift grün. für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich. Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Natalie Imboden, Sandra Julius, Johannes Künzler, Stéphanie Penher.

Fotos:

Michèle Amacker, Baugenossenschaft *mehr als wohnen* Zürich, Monika Flückiger, Johannes Künzler, Severin Nowacki.

Gestaltung:
transform.ch

Druck:

Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.

Redaktionsschluss grün. Nr.13:
22. September 2013

schluss

Solidaritäts-Batzen für Mühleberg Ver-fahren!

Auf Druck des Stadtrats ist die Stadt Bern im März 2012 dem Verein «Mühleberg Ver-fahren» beigetreten. Der Verein unterstützt die 113 Anwohner und Anwohnerinnen, welche vor Gericht gegen die unbefristete Betriebsbewilligung des AKWs Mühleberg kämpften. Das Bundesverwaltungsgericht hiess die Beschwerde gut, doch das UVEK und die BKW zogen das Urteil ans Bundesgericht weiter. Das Bundesgericht hat den Entscheid im März 2013 leider umgestossen. Damit hat der alte Klepper von Mühleberg, der schon über 40 Jahre in Betrieb ist, eine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten. Den Klägerinnen und Klägern wurden Verfahrenskosten von über

100'000 Franken aufgebürdet. Andere Schweizer Städte haben den Verein «Mühleberg Ver-fahren» als Kollektivmitglieder bereits mit Beiträgen von mehreren zehntausend Franken unterstützt. Obschon Bern als nächstgelegene Stadt das grösste Interesse an einer sofortigen Abschaltung des Schrottreaktors hat, will der Gemeinderat den Verein voraussichtlich mit keinem Rappen unterstützen. Die Ausreden: Man sei «Mühleberg Ver-fahren» nur aus ideellen Gründen beigetreten und ein finanzielles Engagement der Stadt wäre aufgrund der Involvierung von zwei Gemeinderätinnen ins Verfahren heikel. Meint es der Gemeinderat wirklich ernst mit seinem Engagement zur Stilllegung des AKWs Mühleberg, zieht er trotz Spardruck ein paar Franken aus der Tasche und setzt damit ein Zeichen der Solidarität mit den Klägerinnen und Klägern!



Franziska Grossenbacher, Wissenssch.
Mitarbeiterin BLW, GB-Stadträtin